

Planung statt Projektitis

Zur Notwendigkeit der Medienkompetenzförderung / Von Barbara Eschenauer

epd Den Anstoß für den Kongress gab die bundesweite Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“, nach deren Gründung im Jahr 2009 das „Medienpädagogische Manifest“ verabschiedet und eine Unterschriftensammlung gestartet wurde. Über dieses Manifest ist ein Bündnis von Akteuren der Medienpädagogik entstanden, das die Netzwerkbildung, die breitenwirksame Verankerung und Nachhaltigkeit in der Förderung von Medienkompetenz vorantreiben will.

Mit im Boot waren als Erstunterzeichner des Manifests die medienpädagogische Kommission und Fachgruppe in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK), die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (München) sowie das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung (Hamburg). Mehr als 1.300 Einzelpersonen und Organisationen schlossen sich mit ihren Unterschriften bis März 2011 der Initiative an.

Reflexhafte Rufe

Der Berliner Kongress war der vorerst letzte Schritt, eine breite Öffentlichkeit für Fragen der Medienkompetenz zu sensibilisieren. Kennt doch die Öffentlichkeit den Ruf nach Medienpädagogik in erster Linie als Reflex auf schädliche Folgen von Medienkonsum, die im schlimmsten Fall im Amoklauf computerspielsüchtiger Jugendlicher kulminieren. Die Notwendigkeit kontinuierlicher Medienkompetenzförderung jenseits empörter Aufschreie über vereinzelte Auswüchse des Medienkonsums ist bis heute kaum zu vermitteln.

Wer sich für die systematische Förderung von Medienpädagogik starkmacht, ist immer in der Begründungspflicht. Als probates Argument lässt sich anführen, dass das Internet und digitale Medien soziale Verhältnisse, Kommunikation, Bildung und Kultur umfassend ver-

ändert haben, mit den entsprechenden Auswirkungen auf politische und wirtschaftliche Strukturen. Die daraus abzuleitende Bedeutung von Medienbildung für demokratische Prozesse schlägt sich jedoch in bildungspolitischen Beschlüssen nicht nieder.

„Keine Bildung ohne Medien“

epd Am 24. und 25. März 2011 trafen sich mehr als 400 Fachleute aus Bildung und Wissenschaft an der Technischen Universität Berlin zum medienpädagogischen Kongress „Keine Bildung ohne Medien!“. An die Adresse der Politik gerichtet, sollten klare Forderungen zum Ausbau der Medienpädagogik in Wissenschaft und Forschung sowie auf allen Ebenen der Erziehungs- und Bildungspraxis formuliert werden. Die Beratungen kamen zu dem Ergebnis: Es bedarf erheblich größerer Anstrengungen in allen Bildungsbereichen, um die Förderung von Medienkompetenz in Deutschland voranzubringen. Die Phase des projektorientierten Aktionismus ist zu beenden, notwendig sind breitenwirksame und nachhaltige Maßnahmen auf der Grundlage mutiger politischer Entscheidungen. Die Forderungen sind im Detail nachzulesen unter: www.keine-bildung-ohne-medien.de.

Politische Entscheidungsträger bevorzugen zeitlich begrenzte Kampagnen und kurzfristige Strategien der Projektförderung, die in „Projektitis“ ausartet und „digitale Projektfriedhöfe“ hinterlässt. Ein eklatanter Mangel an Infrastruktur und nachhaltig angelegten Konzepten für den selbstbewussten, kreativen und kritischen Umgang mit Medien in allen Bildungsbereichen ist die Folge. Wegen fehlender Grundfinanzierung für medienpädagogische Maßnahmen reiben sich zudem Bildungsträger

Planung statt Projektitis

Zur Notwendigkeit der Medienkompetenzförderung / Von Barbara Eschenauer

Seite 2

im Kampf um begrenzte Fördermittel auf und blockieren ihre eigene Kooperation und Vernetzung.

So weit das Ausgangsszenario für den Kongress, den die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ zusammen mit den Instituten für Erziehungswissenschaft der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und der Technischen Universität Berlin veranstaltete. Gefördert wurde er von der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK), der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) und dem Münchener Fachverlag kopäd.

Welches Signal sollte von Berlin ausgehen? Schluss mit Aktionismus und „Projektitis“ – es ist an der Zeit, Verbindlichkeit zu schaffen! Dazu den richtigen Hebel finden und an entscheidenden Stellschrauben drehen – die handwerkliche Rezeptur schien einfach. Verteilt auf 13 Arbeitsgruppen, gingen die Teilnehmenden daran, Vorschläge und Forderungen des Manifests für unterschiedliche Bildungsbereiche zu konkretisieren – von der frühkindlichen Bildung, der Familien- und Elternbildung, der Medienbildung in Schule und außerschulischer Jugendarbeit, in der beruflichen Bildung und Hochschule, in der Erwachsenen- und Seniorenbildung bis zur Sonderpädagogik und zu Aktivitäten von Kommunen auf lokaler und regionaler Ebene.

Nachhaltige Strukturen

Ergänzend zu den Arbeitsgruppen positionierten sich mit ihren Statements Vertreter aus Landesmedienanstalten und Politik: Thomas Langheinrich, Präsident der LFK Baden-Württemberg, und Jürgen Brautmeier, Direktor der LfM Nordrhein-Westfalen, boten die Landesmedienanstalten als Unterstützer, Partner und Moderatoren an, wenn es darum geht, endlich „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Im Zusammenwirken aller Akteure sollte man sich auf langfristige Konzeptionen und nachhaltige Strukturen verständigen, die dauerhaft finanziert werden.

Lutz Stroppe vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sprach sich dafür aus, vorhandene kreative Potenziale der Menschen im Umgang mit Medien in den Mittelpunkt zu stellen, aber auch Risiken im Mediengebrauch zu thematisieren. Man müsse Eltern erreichen, etwa durch generationenübergreifende Medienprojekte. Um die Finanzierung medienpädagogischer Maßnahmen abzusichern, sei die Neuverteilung vorhandener Fördermittel zu klären.

Der Vertreter der Kultusministerkonferenz (KMK), Rudolf Peschke, provozierte mit der Forderung, der Dialog mit der Politik solle analog zum „PISA-Schock“ erzwungen werden. Schließlich habe dieser wachgerüttelt und

positive Veränderungen in Schulen ausgelöst. Nicht unumstritten war seine Befürwortung bundesweiter Mindeststandards zur Medienkompetenz, da durch Standards und Kompetenzmessung eine an der Lebenswelt orientierte Medienbildung verhindert werden könnte.

Seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) stellte Gabriele Hausdorf einen Beitrag im Rahmen der Forschungsförderung in Aussicht. Medienbildung könne auch in das Projekt „Lernen vor Ort“ eingebracht werden, das Bestandteil der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ ist. Fördermaßnahmen für digitale Medien in der beruflichen Bildung würden mit 50 Millionen Euro unterstützt. Und auch die Initiative BIBER zur Medienqualifizierung von Erzieherinnen belege, dass man auf einem guten Weg sei.

Zentrale Forderungen

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Podien fasste der Sprecher der Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“, Horst Niesyto, Professor an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, als zentrale Forderungen des Kongresses zusammen:

1. Medienpädagogische Grundbildung in allen pädagogischen Studiengängen und Ausbau von Studienangeboten an Hochschulen als Wahlbereiche
2. Medienbildung als fester Bestandteil von Fort- und Weiterbildung in allen Bildungsbereichen
3. Grundlegende Medienbildung für alle Schülerinnen und Schüler
4. Maßnahmen zum Abbau zunehmender Ungleichheit in der Nutzung digitaler Medien bei Jugendlichen
5. Öffnung von Schule für außerschulische Partner, stärkere Nutzung von Schulmediotheken, Schaffung von Freiräumen für alle kreativen Ausdrucksmöglichkeiten
6. Alltagsnahe und zielgruppenorientierte Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Förderung selbstständigen medienbezogenen Handelns
7. Einrichtung koordinierender Stellen zur praxisnahen Vernetzung medienpädagogischer Projekte in Gemeinden und Regionen
8. Kontinuierliche Grundfinanzierung medienpädagogischer Praxisprojekte und Vernetzung vorhandener Ressourcen

Planung statt Projektitis

Zur Notwendigkeit der Medienkompetenzförderung / Von Barbara Eschenauer

Seite 3

9. Verbesserung der Rahmenbedingungen für medienpädagogische Forschung und Lehre, um gesellschaftlichen Anforderungen und medialen Entwicklungen gewachsen zu sein

10. Einrichtung eines Forschungsförderschwerpunkts zum Themenfeld Medien und Bildung im Zusammenwirken von Bund und Ländern

Hat der Kongress seine Ziele erreicht? Den Veranstaltern zufolge konnten die Anliegen und Forderungen des „Medienpädagogischen Manifests“ aus dem Jahre 2009 weiter konkretisiert werden.

Mit einem straffen Zeittakt und komplexen diskursiven Verfahren aus Impulsen, Statements, Dialog- und Podiumsrunden sowie reflektierenden Zusammenfassungen aus unterschiedlichen Perspektiven sollten die über 400 Teilnehmenden und eine beträchtliche Zahl von Referenten, Statementgebern, Kommentatoren und Moderatoren in einen produktiven gemeinsamen Arbeitsprozess gebracht werden.

Redundanzen und ein leichtes Unbehagen, sich im Allgemeinen und Grundsätzlichen oder in spezifischen Detailfragen zu verlieren, anstatt sich auf die Präzisierung von Kernforderungen zu konzentrieren, waren in diesem Kongresskonzept unvermeidlich. Die Einigung am Ende auf zentrale Forderungen und Prioritäten über alle Bereiche hinweg spricht für die Kongressleitung, die es verstand, auch divergierende Interessen zu integrieren.

Steter Tropfen

Die Forderungen haben starken Appellcharakter und sind hinsichtlich der Umsetzung zu allgemein, um politischen Akteuren eine Grundlage für Entscheidungen zu liefern. Dennoch gebe es, so die Veranstalter, erste ermutigende Informationen aus zwei Bundesländern: In Nordrhein-Westfalen ist im Falle der Verabschiedung des Haushalts eine Verdopplung von Mitteln für

medienpädagogische Projekte vorgesehen. Das Kultusministerium in Baden-Württemberg plant, dass sich künftig alle Lehramtsstudierenden mit medienpädagogischen Fragen befassen und diese zu einem verbindlichen Bestandteil der mündlichen Abschlussprüfungen werden. Dies sei ein vielversprechender Schritt, zu dem die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ nach dem Prinzip „Steter Tropfen höhlt den Stein“ durchaus ihren Beitrag geleistet habe.

Dass es sich bei den Forderungen um alte Bekannte handelt – nachzulesen etwa in den zentralen Stellungnahmen und Empfehlungen zur schulischen Medienerziehung der Bund-Länder-Kommission und der Kultusministerkonferenz von 1994 und 1995 – spricht nicht gegen die Veranstaltung. Man könnte dies auf die langjährige Ignoranz von Bildungsbehörden und Bildungspolitik zurückführen, aber ebenso auf die bisherige Unfähigkeit der medienpädagogischen Fach-Community, in größtmöglicher Geschlossenheit und zum richtigen Zeitpunkt die eigene Programmatik an wichtige Adressaten zu vermitteln.

Wie geht es weiter? Die überwältigende Resonanz auf die Ausschreibung des Kongresses und die große Teilnehmerzahl haben die Veranstalter zu Recht beflügelt. Die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ wird die Ergebnisse des Kongresses auswerten und auf der Website sowie in einer Broschüre dokumentieren.

In einer weiteren Phase sollen Entscheidungsträger in Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft gezielt angesprochen werden, um sich über Eckpunkte für eine Gesamtstrategie zu verständigen. Die Landesmedienanstalten von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen werden die Initiative, so Thomas Langheinrich, auch weiterhin in diesen Vorhaben unterstützen. Ob ein nächster Kongress mit noch mehr Teilnehmenden das allein taugliche Instrument für weitere Schritte ist, sollte freilich gut überlegt werden. Die Erarbeitung konkreter Sachverhalte erweist sich im Setting eines Kongresses doch eher als mühsam. ■